

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 1

Postfach: 12 04 08  
Telefon: (02 28) 21 90 38/39  
Telex: 08 86 846 ppbn d



## Inhalt

Hans-Jürgen Wischnewski  
MdB, Stellvertretender  
SPD-Vorsitzender, appelli-  
ert an die Union, die  
Straßenschlachten El Sal-  
vadors nicht nach hier zu  
übertragen: Unappetitli-  
ches Doppelspiel.

Seite 1

Horst Grunenberg MdB un-  
tersucht die seerechtlichen  
Aspekte der Falkland-  
Besetzung: Die endgültige  
Kolonisierung der Meere.

Seite 2

Axel Wernitz MdB begrüßt  
die Datenschutznovelle:  
Bräuchbare Diskussions-  
grundlage.

Seite 4

Ulrich Dübber MdB weist  
nach, daß Privatfernsehen  
an Parlamentssitzungen  
nicht interessiert ist:  
Beispiel USA.

Seite 6

Fritz Gautier MdEP: Die  
CDU fragen, wie sie zu tier-  
gerechten Haltung von Hen-  
nen steht.

Seite 7

### Dokumentation

Willy Brandts Grußwort  
zur "Mankind 200" - Kon-  
ferenz in Haifa.

Seite 8

Herausgeber und Verleger:  
Sozialdemokratischer  
Pressedienst GmbH  
Godesberger Allee 108-112  
5300 Bonn 2  
Telefon: (02 28) 8 12-1

37. Jahrgang / 66

6. April 1982

### Unappetitives Doppelspiel der Union

Die Straßenschlachten El Salvadors nicht nach hier übertragen

Von Hans-Jürgen Wischnewski MdB  
Stellvertretender SPD-Vorsitzender

Die CDU/CSU treibt ein unappetitives Doppelspiel: Einer-  
seits bittet die CDU-Zentrale am 1. April um die Vermitt-  
lung eines Gesprächs mit dem Vorsitzenden der Sozialdemo-  
kraten El Salvadors (MNR), Dr. Guillermo Manuel Ungo, der  
auch gleichzeitig der Präsident der oppositionellen FDR ist,  
das auch nach der Sitzung der Sozialistischen Internationale  
in Bonn am Freitag dem 2. April zustandekam, andererseits  
ergeht sich Herr Mertens in wüsten Beschimpfungen gegen den  
SI-Vorsitzenden und Vorsitzenden der SPD, Willy Brandt.

Herr Mertens sollte sich nicht nur in dieser Frage sachkun-  
dig machen, bevor er verleumderische Schuldzuweisungen  
trifft. Die sogenannten Wahlen in El Salvador haben in nur  
sechs von 14 Provinzen des Landes stattgefunden. Es gab kein  
Wahlverzeichnis, so daß es nicht möglich ist, die Wahlbetei-  
ligung festzustellen. Kandidaten der Opposition konnten  
nicht aufgestellt werden, da sie und ihre Angehörigen der  
Gefahr ausgesetzt gewesen wären, ermordet zu werden - die  
32.000 Toten in den letzten zwei Jahren sprechen Bände. Die  
Wahlbeobachter der CDU/CSU hatten lediglich die Möglich-  
keit, sich in San Salvador zu informieren. Wer unter diesen  
Voraussetzungen von "demokratischer Willensbildung" in El  
Salvador spricht, begeht den Gipfel der Geschmacklosigkeit.  
CDU und CSU hätten sich stattdessen zu früheren Zeiten - als  
dies noch möglich war - intensiver dafür einsetzen müssen,  
daß der Christdemokrat Duarte auf das mehrmalige Verhand-  
lungsangebot der Opposition einging. Dies ist versäumt wor-  
den. Jetzt den Sozialdemokraten in der Bundesrepublik und der  
Sozialistischen Internationale die Schuld am Erstarren  
faschistischer Kräfte in El Salvador in die Schuhe zu schie-  
ben, verkehrt die Fronten und ist widerwärtig.

Wir sollten die Straßenschlachten aus El Salvador nicht nach  
Bonn übertragen. Jeder sollte seine Kontakte nutzen, um für  
Frieden und Demokratie einzutreten. Die SPD ist dazu nach  
wie vor bereit. (-/6.4.1982/ks/ca)



**Die endgültige Kolonisierung der Meere**  
-----

**Seerechtliche Aspekte der Besetzung der Falkland-Inseln durch Argentinien**

Von Horst Grunenberg MdB

Obmann der Arbeitsgruppe Meerespolitik der SPD-Bundestagsfraktion

Argentinien hat sich einen 150jährigen Traum erfüllt. Über den Falkland-Inseln weht die argentinische Flagge. Ist die Okkupation der Inselgruppe mit ihren insgesamt 12.000 Quadratkilometer alleine eine Befriedigung verletzten Nationalstolzes?

Auf den recht kargen Inseln leben 1.800 Menschen. Sie blieben auf den einstmals unbewohnten Inseln als Überbleibsel aus der Zeit des britischen Empires, als die "Falklands" oder "Malwinen" noch strategisch wichtiger Stützpunkt für die Flotte Britanniens war.

Rund 300 Seemeilen vom Festland entfernt waren die Inseln kein Sicherheitsrisiko für Argentinien und eine Ablenkung von innenpolitischen Schwierigkeiten der Regierung in Buenos Aires ist nur eine Erklärung.

Die Falklands liegen am Rande des fischreichen Patagonien-Shelfs. Insider vermuten in diesem Kontinentalsockel Öl- und Gasvorkommen enormen Ausmaßes. Und eben in diesem Seegebiet mußte sich Argentinien mit den Briten die Wirtschaftszone teilen, ohne darüberhinaus an die vorgeschobenen weiteren 150 Seemeilen Meeresboden auch nur denken zu können. Im Gegenteil, nach dem Mittellinienprinzip der neuen Seegrenzziehung konnte es nur eine Grenze geben, die eine Wirtschaftszone von 100 Seemeilen, maximal 150 Seemeilen für beide Seiten zwischen den Inseln und dem Kontinent zuließ.

Mit der Besetzung der Inseln verfügt Argentinien über eine zusätzliche Wirtschaftszone in einer vorsichtig geschätzten Größenordnung von 400.000 Quadratkilometern. Mit der Besetzung der Inselgruppe South Georgia vergrößert sich das Seegebiet noch einmal um circa eine Million Quadratkilometer. Das heißt, Argentinien fallen möglicherweise 1,5 Millionen Quadratkilometer Seegebiet zu und damit Ausbeutungsrecht von noch nicht absehbarem Ausmaß. Werden es sich die Briten gefallen lassen, daß ihnen dieses vermutlich ressourcenreiche Gebiet sang- und klanglos abgenommen wird?

Ein weiterer Aspekt ist der Anspruch Chiles auf die Inseln vor der Einfahrt zum Beagle-Kanal. Es geht hier nicht nur um die Inseln, sondern um die Ausdehnung der chilenischen 200 Seemeilen Wirtschaftszone und um Ansprüche auf den Festlandsockel bis



350 Seemeilen vor den Inseln und damit schließlich um chilenische Ansprüche auf einen nicht geringen Sektor im Südatlantik. Außerdem fällt somit der Anspruch Argentiniens und Chiles auf einen Sektor in der Antarktis, als geologische Fortsetzung des Kontinents, durch die Lage der Inseln vor dem Beagle-Kanal zugunsten Chiles aus. Deshalb einen kriegerischen Konflikt zwischen den beiden Andenstaaten zu beginnen, verbietet sich den regierenden Militärs in beiden Ländern wegen der militärischen Pattsituation und der langen unübersichtlichen Grenze in den Anden.

Politisch-oceanografisches und strategisches Denken darf man aber beiden Regierungen nicht absprechen. Der Falklandsektor auf die Seegebiete im Südatlantik und die Antarktis übertragen, engt die chilenischen Ansprüche wieder erheblich ein.

Für die laufenden Verhandlungen der III. UN-Seerechtskonferenz wird das Vorgehen Argentiniens sicher nicht ohne Folgen sein. In der "Gruppe der 77", der inzwischen über 100 Entwicklungsländer in dieser Konferenz angehören, spielte das Land östlich der Anden seit Konferenzbeginn eine führende Rolle besonders als "hardliner" gegenüber den Industrieländern.

Die Seerechtskonferenz hat sich schließlich auch eine friedliche Streitbeilegungsvereinbarung im Falle von Konflikten unter den Meeresvölkern zum Ziel gesetzt. Es scheint, daß den Herrschern in Buenos Aires kurz vor Abschluß der Konferenz, durch eine allumfassende Konvention die Ozeane betreffend, der Zugriff auf das See- und Meeresbodengebiet um die Falklands für immer zu entschwinden drohte.

Die endgültige Kolonialisierung der Meere hat diesmal auch Menschen betroffen und auch die Öffentlichkeit in der Bundesrepublik aufmerken lassen. Hoffentlich weckt das auch das Problembewußtsein über das, was inzwischen mit den Meeren unseres Planeten geschehen ist und noch geschehen wird.

Den zwei Millionen Pinguinen der Falklands ist es gleichgültig, ob sie unter der britischen Krone oder der argentinischen Sonne leben müssen.

Für uns dürfte der Konflikt auch noch nicht ausgestanden sein, denn Großbritannien ist zum einen Mitglied der EG zum anderen der NATO und schließlich des Antarktisch-Vertrages. Wir auch! Die Falkland-Inseln und die Inselgruppe der Südgeorgien sind weitgehend demilitarisiert. Diese Besetzung zeigt, welchen Gefahren ein Staat ausgesetzt ist, der auf militärische Sicherungen weitgehend verzichtet. (-/6.4.1982/Ks/ca)

+ + +



**Brauchbare Diskussionsgrundlage**  
-----

**Minister Baum will die Datenverarbeitung transparenter machen**

Von Dr. Axel Wernitz MdB

Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses

In seiner Regierungserklärung vom 24. November 1980 hatte Bundeskanzler Helmut Schmidt auch die Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes angekündigt. Mit der Vorlage eines Referentenentwurfs zur Änderung des Bundesdatenschutzgesetzes durch den Bundesinnenminister ist ein entscheidender Schritt zur Einlösung dieses Punktes der Regierungserklärung getan.

Es bleibt natürlich abzuwarten, in welcher Fassung das Bundeskabinett den Entwurf nach der Ressortabstimmung verabschiedet. Jedenfalls ist der Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums eine brauchbare Arbeits- und Diskussionsgrundlage für die im Parlament anstehenden Beratungen und Entscheidungen.

Bereits jetzt ist es wohl unstrittig, daß der Innenausschuß des Bundestages in enger Abstimmung mit den anderen beteiligten Parlamentsausschüssen eine sorgfältig vorbereitete öffentliche Anhörung zur Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes durchführen wird. Alle Beteiligten, die Betroffenen in Wirtschaft, Verwaltung, Gewerkschaften, Wissenschaft, Verbänden, Organisation und auch einzelne kritisch engagierte Sachverständige sollen bereits in diesem frühen Stadium wissen, daß sie hinreichend Gelegenheit haben werden, ihre Auffassungen und Vorstellungen im Zuge des parlamentarischen Beratungsverfahrens einzubringen.

Als Ziel des Novellierungsvorschlags wird die praktische Verbesserung des Datenschutzes für den Bürger ohne Änderung der bewährten Konzeption und Systematik des Gesetzes genannt. Die Datenverarbeitung soll für den betroffenen Bürger transparenter werden. Diesem Ziele sollen dienen:

- die Einführung eines verschuldungsunabhängigen Schadenersatzanspruchs,
- die Unentgeltlichkeit der Auskunftserteilung im öffentlichen wie im nicht-öffentlichen Bereich,
- die Einbeziehung der Datenerhebung in den Verarbeitungsbegriff,



- eine Verdeutlichung des Dateibegriffs,
- eine Ausdehnung des Zweckbindungsprinzips,
- eine Konkretisierung des Tatbestands der Datenübermittlung im öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich.

sowie der weitere Ausbau der Gegenrechte der Betroffenen.

Hinzu kommen eine Verbesserung der Stellung des Bundesbeauftragten für den Datenschutz und eine Ausdehnung der Befugnisse der im nicht-öffentlichen Bereich tätigen Aufsichtsbehörden der Länder. Auch die Position der internen betrieblichen Datenschutzbeauftragten wird gestärkt.

Angesichts des vorgegebenen Zielkonflikts beziehungsweise Spannungsverhältnisses zwischen dem Informationsbedürfnis von Staat und Gesellschaft einerseits und dem Recht des Bürgers auf Wahrung seines Persönlichkeitsbereichs, das heißt seiner schutzwürdigen Belange, wird der Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums je nach Position des Betrachters sehr unterschiedlich beurteilt werden.

Den einen geht der Entwurf sicher schon wieder zu weit und den anderen absolut nicht weit genug. In jedem Falle vernünftig und begrüßenswert ist der Entschluß des Bundesinnenministeriums, an Grundkonzept und Systematik des Bundesdatenschutzgesetzes festzuhalten; denn nach wie vor handelt es sich beim Datenschutzrecht um eine neue komplexe Materie mit raschen Weiterentwicklungen. Insofern steuert der BMI-Entwurf eine mittlere Linie und ist realistisch auf Kompromiß angelegt. Wenn, wie es in der Begründung des Referentenentwurfs heißt - das Gesetz seine Rolle als Schrittmacher für die Entwicklung des gesamten Datenschutzrechts in der Bundesrepublik Deutschland behalten soll -, werden alle Beteiligten gut beraten sein, sachlich engagiert und ohne Emotionen oder gar ideologische Vorbehalte an die Arbeit zu gehen, um eine optimale Novellierung des Bundesdatenschutzgesetzes zu erreichen. Hierfür bietet der Referentenentwurf des Bundesinnenministeriums eine konstruktive Grundlage an.

(-/6.4.1982/hl/ca)

+ + +



Beispiel USA  
-----

Privatfernsehen uninteressiert an Parlamentssitzungen

Von Dr. Ulrich Dübber MdB

Mitglied der Enquête-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken"

Beliebtes Argument der Sponsoren von Privatfernsehen ist der Hinweis auf gemeinnützige Belange, denen der Kabelrundfunk dann dienen könnte, wenn die Zahl der Kanäle auf mehrere Dutzend erweitert worden sei. So fragte der Vorsitzende Schwarz-Schilling (CDU) in der jüngsten Sitzung der Enquête-Kommission "Neue Informations- und Kommunikationstechniken" die Sachverständigen nach den Chancen, vermehrt aus Parlamenten zu übertragen.

Professor Oberreuter aus Passau, der über den Parlamentarismus gearbeitet hat, bestätigte den Vorsitzenden und verwies auf ausländische Beispiele. Je mehr Zuschauer Parlaments- und Stadtratssitzungen am Fernsehschirm miterleben könnten, so Oberreuter, umso überzeugender würden Politiker der Idee von der Legitimität gerecht.

Es sei hier nicht weiter erörtert, ob Fernsehübertragungen den Parlamentarismus fördern. Das britische Unterhaus hat erst kürzlich dagegen votiert, weil es seine Club-Atmosphäre nicht zur Polit-Show degenerieren lassen will. Stadtratssitzungen im Fernsehen stelle ich mir wie Komödiensattel vor.

Wenn aber mit dieser Verlockung denen das private Fernsehen mundgerecht gemacht werden soll, die daran zweifeln, ist es Zeit, die ausländischen Beispiele unter die Lupe zu nehmen. Eine Delegation dieser Enquête-Kommission, die jetzt Kabelfernsehen in Kanada und USA studierte, brachte in puncto Parlamentsberichterstattung erstaunliche Ergebnisse mit nach Haus.

In der Tat werden in Washington die Sitzungen des Repräsentantenhauses (nicht die des Senats) seit 1979 ins Fernsehen eingespeist. Die Kameras sind starr auf den Sprecher gerichtet (wie die hauseigene TV-Anlage des Bundestages schon heute), weshalb sich die kommerziellen TV-Networks über einen Mangel an Variationen beklagen. Schwenks über das leere Plenum erlaubt der Kongreß nicht. Die großen Systeme ABC, CBS, NBC und PBS schalten sich kaum auf den Kanal des Repräsentantenhauses ein, denn sie sind bekanntlich von der Werbung abhängig und minimale Einschaltquoten versprechen keinen Gewinn.

Nahezu exklusiv überträgt C-Span (Cable Satellite Public Affairs Network) die Sitzungen live vom Capitol Hill von Beginn bis Ende. Wieviel Leute zuschauen, war nicht herauszubekommen; den Veranstaltern ist es ziemlich gleichgültig, denn sie werden aus Steuergeldern bezahlt, Werbung findet in ihrem Programm nicht statt.

Die Vermehrung von Parlamentsübertragungen also von der Zulassung des Kommerzfunks zu erwarten, ist recht einfältig (ähnliche Erkenntnisse ergaben sich auch in Kanada). Eine meist so trockene Materie wie Parlamentssitzungen (warum gehen im Bundestag nicht einmal die Abgeordneten ins Plenum?) zu senden, können sich überhaupt nur öffentlich-rechtliche Anstalten leisten, die nicht auf die Erträge schauen müssen. Und was ist neu an dieser Erkenntnis?  
(-/6.4.1982/bgy/ca)

+ + +



Geschäftsordnungstricks statt Hilfe

Die CDU fragen, wie sie zur tiergerechten Haltung von Hennen steht

Von Dr. Fritz Gautier MdEP

Mitglied im Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments

Die tiergerechte Haltung von Legehennen zur Eierproduktion beschäftigt seit geraumer Zeit das Europäische Parlament. Die Regelungen für die Haltung von Hennen müssen europäisch einheitlich festgelegt werden.

Die Kommission der Europäischen Gemeinschaft hat in einem Richtlinien-Vorschlag (= europäisches Gesetz) vorgeschlagen, für jede Legehenne mindestens 500 Quadratcentimeter vorzuschreiben. Bei der Gesetzesberatung im Landwirtschaftsausschuß des Europäischen Parlaments haben sich die Christdemokraten zuerst mit 450 Quadratcentimeter (entspricht einer halben DIN A 4 Seite) durchgesetzt, gegen die Sozialisten. Die sozialistische Fraktion hatte vorgeschlagen, für leichte Rassen 600 Quadratcentimeter und für schwere Rassen 900 Quadratcentimeter vorzusehen. Darüber hinaus wollten wir weitere Studien der EC zu alternativen Haltungssystemen, wie etwa das in Holland entwickelte 3-0-System.

Nachdem wir uns als Sozialisten in der Plenarsitzung mit entsprechenden Änderungen durchgesetzt hatten, hat der christdemokratische Berichterstatter des Landwirtschaftsausschusses durch einen Geschäftsordnungstrick die Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Landwirtschaftsausschuß durchgesetzt. Die Verantwortung liegt jetzt bei den Christdemokraten, und deshalb sollten die Tierschutzvereine oder andere interessierte Bürger einmal die CDU fragen, wie sie zu der tiergerechten Haltung von Hennen steht.

(-/6.4.1982/ks/ca)

+ + +



DOKUMENTATION

Der SPD-Vorsitzende, Willy Brandt, hat an die Teilnehmer der Konferenz "Mankind 2000" an der Universität Haifa (29. März bis 6. April 1982) folgendes Grußwort gerichtet:

Eine globale Friedensstrategie zur Überwindung der weltweiten Krisentendenzen

Meine besten Wünsche für den erfolgreichen Verlauf dieser Konferenz verbinde ich mit dem aufrichtigen Bedauern, mich nur mit einigen Anregungen an Ihrem Gedankenaustausch beteiligen zu können.

"Mankind 2000" - unsere gemeinsame Zukunft um die Jahrtausendwende - wird entscheidend davon abhängen, ob und wie es uns gelingt, den großen Herausforderungen in einer sich rasch wandelnden Welt zu begegnen.

Drei Hauptelemente scheinen mir den globalen Umbruch zu prägen: Die andauernden Ost-West-Rivalitäten mit ihren rüstungspolitischen Konsequenzen, die starke Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen sowie die völlig unbefriedigenden Beziehungen zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern.

Ich möchte dies im einzelnen näher ausführen:

- o Die beiden Weltmächte verfügen heute über genug Waffen, um menschliches Leben vielfach auszulöschen. Neue, noch gefährlichere und genauere Waffensysteme werden entwickelt, die statt zusätzlicher Sicherheit neue Risiken bringen. Immer mehr Staaten erreichen die Fähigkeit zum Bau von Atomwaffen. Die Militarisierung der Dritten Welt schreitet fort. Gleichzeitig spitzen sich durch Übertragung des Ost-West-Gegensatzes und durch den Teufelskreis von Hunger, Armut und Unterdrückung die politischen und sozialen Spannungen in vielen dieser Länder in bedrohlicher Weise zu.

In dieser Situation müssen zunächst und zuallererst die Führungen der beiden Weltmächte ihre überragende Verantwortung wahrnehmen. Sie müssen tun, was zu tun ist, um Mißtrauen abzubauen und jenes Vertrauen zu schaffen, ohne das es keine Berechenbarkeit gibt. Sonst gibt es kein Ende des Wettrüstens hat die Entspannung keinen Bestand. Und ohne Entspannung gibt es keine Sicherheit. Die jüngsten Ereignisse in Polen machen es allerdings leider noch schwer, diesen Zielen jetzt ein Stück näher zu kommen.

Voraussetzung jedes Entspannungsprozesses ist die Anerkennung bestehender Grenzen; Interessenausgleich und Verständigungsbereitschaft sind sein Inhalt; und Abrüstung zum Zweck der Friedenssicherung sein logischer Folgeschritt. Es geht, so wichtig dies im einzelnen ist, nicht um die Regelung technischer Fragen. Es geht darum, den politischen Willen zur Rüstungsbegrenzung aufzubringen. Sonst verliert die Politik den Wettlauf mit der Technik - was nichts anderes bedeutet, als daß die Menschen politisch nicht beherrschen können, wozu sie technisch in der Lage sind.

- o Als zweiten maßgeblichen Faktor, der unser aller Schicksal in den vor uns liegenden Jahren bestimmen wird, habe ich die starke Veränderung der weltwirtschaftlichen Strukturen angeführt. Wir sollten uns darauf einstellen: Phasen eines anhaltenden Wirtschaftswachstums in den westlichen Industriegesellschaften - in einer Größenordnung, wie wir es in den fünfziger und sechziger Jahren erlebt haben - sind für absehbare Zeit nicht mehr zu erwarten. Inflation und Arbeitslosigkeit, hohe Energiekosten und die wachsende Bedrohung unserer natürlichen Umwelt, hohe Zahlungsbilanzdefizite und ein in Unordnung geratenes Weltwährungssystem kennzeichnen die schwierige Realität unserer Tage. Die sozialen und politischen Folgen liegen auf der Hand: lange Zeit konnten gesellschaftliche Spannungen in unseren Ländern ausgeglichen werden, weil es genügend ökonomischen Zugewinn zu verteilen gab. Inzwischen ist der Spielraum für materiell befriedigende Kompromisse wesentlich enger geworden.

Die viel beschworenen Selbstheilungskräfte des Marktes scheinen mit der Aufgabe einer aktiven Beschäftigungspolitik und der mit ihr verknüpften Strukturpolitik überfor-





dert. Aufgrund meiner Erfahrung denke ich nicht daran, die marktwirtschaftlichen Impulse zu unterschätzen. Und doch leite ich aus dieser Erfahrung ebenso wie aus einem Blick in die Zukunft die Vermutung ab, daß öffentliche Mitverantwortung auf einer Reihe von Gebieten eine nicht geringere, sondern bedeutendere Rolle zu spielen haben wird. Die Energieprobleme zeigen dies deutlich, national und international.

Über die einzelnen ökonomischen Probleme hinaus gilt es, vor allem größeres Verständnis dafür zu wecken, daß die in Jahrzehnten gewachsene "Philosophie der krassen Ansprüche" im unauflösbaren Widerspruch zu den ökonomischen Realitäten unserer Zeit steht. Blanker Materialismus eignet sich ohnehin schlecht zur demokratischen Staatsraison. Ich predige nicht die Ethik des Verzichts; ich plädiere für ausreichende Gerechtigkeit - nicht nur innerhalb der Staaten, auch zwischen ihnen.

- o Das leichtlin verwendete Begriffspaar "Nord/Süd" umreißt nur unzulänglich die Komplexität höchst ungleicher Entwicklungsniveaus und krass unausgewogener Beziehungen zwischen armen und reichen Völkern, ärmeren und reicheren Nationen. Es ist sicherlich keine Übertreibung, wenn ich feststelle: Hier liegt die eigentliche soziale Herausforderung unserer Zeit. Eine Herausforderung, der sich alle verantwortungsbehafteten Menschen zu stellen haben.

Die Zeit drängt, denn die wirtschaftliche Lage der meisten Entwicklungsländer, insbesondere der Ärmsten unter ihnen, hat sich seit der Vorlage des Berichts der von mir geleiteten Nord-Süd-Kommission Anfang 1980 noch erheblich zugespitzt.

Durch das Gipfeltreffen von Cancún wurde die Nord-Süd-Problematik in den Mittelpunkt weltweiten Interesses gerückt und ein Präzedenzfall für die Diskussion gemeinsamer Interessen auf höchster Ebene geschaffen. Jetzt kommt es darauf an, der in Cancún erzielten grundsätzlichen Übereinstimmung auch Maßnahmen, vor allem auf den Gebieten der Welternährung, der Energieversorgung und der Entwicklungsfinanzierung, folgen zu lassen.

Die auch vom Gipfeltreffen befürworteten "Globalverhandlungen" im Rahmen der Vereinten Nationen, die den Entwicklungsländern gerechtere Bedingungen in der Weltwirtschaft bringen sollen, müssen möglichst rasch und möglichst gut strukturiert in Gang kommen. In der Zwischenzeit können die Länder, die sich in großen Schwierigkeiten befinden, insbesondere die ärmsten Länder, nicht auf den Ausgang solcher Bemühungen warten. Dringende Maßnahmen sind jetzt nötiger denn je, damit Not und Leiden verringert werden. Dazu gehören vorrangig:

- Sondermaßnahmen zur Sicherung der Ernährung in den am schwersten betroffenen Ländern
- Maßnahmen zur Lösung der vorrangigsten Fälle von Auslandsverschuldung und zur Minderung des weltweiten Liquiditätsdrucks
- die Erweiterung der Möglichkeiten der internationalen Finanzierungs-Institutionen, einschließlich der Errichtung einer neuen Energieagentur, um die Erkundung und Erschließung zusätzlicher Energiequellen zu finanzieren
- besondere Maßnahmen zur Unterstützung derjenigen Länder, die in besorgniserregender Weise betroffen sind von der Verschlechterung der Terms of Trade, einschließlich der Auswirkungen der weltweiten Inflation, niedriger Rohstoffpreise und hoher Kosten der Ölimporte
- konzertierte Aktionen gegen den Protektionismus und für eine Liberalisierung des Welthandels.

Auch wenn es objektiv schwieriger geworden sein mag, das zu tun, was aufgrund menschlicher Verantwortung geboten wäre, und was auch einer vernünftigen Interpretation eigener langfristiger Interessen entspräche: Es geht in den vor uns liegenden Jahren um weit mehr als um traditionelle Entwicklungshilfe. Es geht um eine globale Friedensstrategie zur Überwindung der weltweiten Krisentendenzen - und das gilt für das Verhältnis von Ost und West wie für die Beziehungen zwischen Nord und Süd.

(- / 6.4.1982/ks/ca)

